

VA Klein weist einleitend daraufhin, dass Sozialarbeit und der Umgang mit verschiedenen Nationalitäten sowie deren individuellen Anliegen ein hohes Maß an Zeiteinsatz erfordern und informiert darüber, dass in wenigen Tagen eine weitere Mitarbeiterin diesen Bereich verstärken wird. So sei man in der Lage, sich der konzeptionellen Sozialarbeit zu widmen und die Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Mittelsfähr-Roffhausen e.V. zu intensivieren.

Weiter erläutert VA Klein anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand der Unterbringungssituation von Asylbewerber:innen und Geflüchteter in der Stadt Schortens (siehe Anlage).

RM Kasig fragt nach der Anzahl insgesamt zur Verfügung stehender Plätze zur Unterbringung Geflüchteter.

VA Klein verweist hierzu auf die vorgetragene Zahlen und erläutert ergänzend, dass, so auch erst vor wenigen Tagen, mitunter vormittags durch die LAB (Landesaufnahmebehörde) Personen angekündigt würden, die dann noch am Abend des gleichen Tages durch die Stadt Schortens unterzubringen sind. Es bedürfe daher einer gewissen Unterbringungsreserve, um so auf solche Situationen reagieren zu können.

RM Kasig erkundigt sich weiter, wo sich die bis dato aufgenommenen Geflüchteten derzeit aufhalten bzw. wo diese untergebracht wurden.

VA Klein weist darauf hin, dass Geflüchtete aus der Ukraine teilweise in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Einige Personen hätten den Landkreis Friesland aufgrund familiärer Verknüpfungen verlassen und seien in andere Regionen verzogen. Ein nicht unwesentlicher Teil der in der Stadt Schortens Aufgenommenen sei jedoch, nach einem Zwischenaufenthalt in einer der Gemeinschaftsunterkünfte, erfolgreich in von den Betroffenen selbst angemieteten Wohnraum vermittelt worden. Auf Nachfrage des RM Kasig stellt VA Klein die unverändert angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt dar, die entsprechend längere Aufenthalte in den vorgenannten Unterkünften zur Folge habe. Ergänzend gibt er an, dass die meisten aufzunehmenden Menschen derzeit ukrainischer, kolumbianischer, türkischer und syrischer Nationalität seien.

Auf weitere Nachfrage zur Situation auf dem Immobilienmarkt schildert VA Klein, dass sich die Lage, auch durch die zu beachtenden Höchstgrenzen, bei einem etwaigen Anspruch auf Sozialleistungen ausdrücklich nicht verbessert habe.

Zur Frage der Notwendigkeit, die Bürgerbegegnungsstätte auch zukünftig zur Unterbringung vorzuhalten, verweist VA Klein auf die bereits dargestellte Ausgangslage. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) prognostiziere in seinem Rundschreiben vom Februar Aufnahmequoten auf dem Niveau des Vorjahres, sodass Vieles dafür spräche, diese Unterbringungsmöglichkeiten auch weiterhin vorzuhalten, um handlungsfähig zu bleiben.